

# Die Wirtschaft ohne Wachstum beginnt an kommunalen Lernorten



## Wachstumsdämmerung: Vom hoffnungslosen Scheitern aller Entkopplungsversuche

Solange jede Nachhaltigkeitsstrategie unter einem Wachstumsvorbehalt steht, ist eine ökologische Entlastung nicht nur utopisch, sondern eher das Gegenteil realistisch.

Ehrgeizige Versuche, das moderne Konsum- und Mobilitätssystem mittels technischer Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln, schlugen nicht nur fehl, sondern führten punktuell sogar zu einer Verschlimmbesserung (vgl. KümmeL/Lindenberger/Paech 2018). Während die Nebenwirkungen grüner Innovationen – allem voran die sogenannte „Energiewende“ – in der wissenschaftlichen und politischen Debatte bagatellisiert werden, wird deren Effektivität hymnisch überbewertet. Ein nicht minder prägnantes Beispiel bietet der Wohnkomplex. Die hier vermuteten Energieeinsparpotenziale haben während der vergangenen Jahrzehnte bemerkenswerte Technologieentwicklungen und rege Investitionsaktivitäten entfacht. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ im Jahr 2020 belief sich das Investitionsvolumen für die energetische Gebäudesanierung von 2010 bis 2018 auf 497 Mrd. Euro, also etwa eine halbe Billion Euro<sup>1</sup>. Die Treibhausgasemissionen des Gebäudebereichs seien in diesem Zeitraum, so ist im selben Dokument nachzulesen, um 21 % gesunken, was sich angesichts einer derart monströsen Investitionssumme ohnehin eher bescheiden ausnimmt. Überdies hat eine Untersuchung des DIW ergeben, dass sich selbst diese Reduktion, wenn die Daten temperaturbereinigt werden, tatsächlich nur auf 2,6 % beläuft<sup>2</sup>. Mit anderen Worten: Nicht technologischer Fortschritt, sondern warme Winter haben die Emissionen gesenkt.

Würden außerdem alle relevanten Rebound-Effekte berücksichtigt, insbesondere untersucht, wie viel zusätzliche Ausgaben für Konsum, Mobilität und die Schaffung neuen Wohnraums über den Einkommensmultiplikator dieser gigantischen Investition induziert wurden und die damit einhergehenden zusätzlichen Emissionen der 2,6 %-Reduktion gegenübergestellt, dürfte sich ein grünes Wachstumsdesaster offenbaren. Wäre in der gleichen Zeit erstens kein zusätzlicher Wohnraum entstanden und zweitens in anderen Sektoren im Umfang der Klimaschutzinvestition weniger investiert worden, um einen wachstumsneutralen Strukturwandel anstatt eine Strukturauflähmung auszulösen, hätte die Sanierung erfolgreich verlaufen können. Aber solange jede Nachhaltigkeitsstrategie unter einem Wachstumsvorbehalt steht, ist eine ökologische Entlastung nicht nur utopisch, sondern eher das Gegenteil realistisch.

## Postwachstumsstrategien

Der Abschied vom Wachstumsdogma würde bedeuten, das globalisierte Industriemodell so weit zurückzubauen, dass die irdische Tragkapazität erhalten bleibt und die damit zu vereinbarende Umweltbeanspruchung auf ca. 7,8 Mrd. Menschen, die versorgt werden müssen, gleich verteilt wird. Bezogen auf den Klimawandel hieße dies laut Umweltbundesamt, dass jedes Individuum pro Jahr durchschnittlich mit ca. einer Tonne an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten auszukommen hätte. Der mitteleuropäische Durchschnitt liegt bei knapp 12 Tonnen. Dieses zivilisatorische Großvorhaben, für das keine historische Parallele existiert, wird entlang dreier Umsetzungsszenarien diskutiert:

1. erstens als geplante, makroökonomisch zu steuernde Strategie, die durch Anreizsysteme und politische Rahmenseetzungen zu etablieren wäre,
2. zweitens als unvermeidliches Reaktionsmuster auf schicksalhaft hereinbrechende Krisen,
3. drittens als Dynamik autonomer Aufbrüche, die sich zunächst in Nischen und Reallaboren bewähren, um darauf folgend von weiteren Teilen der Gesellschaft übernommen zu werden.

<sup>1</sup> [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2020/09/19-21967.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2020/09/19-21967.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

<sup>2</sup> DIW (2020): Wärmemonitor 2019: Mietspiegel bei Wohngebäuden trotz sinkender CO<sub>2</sub>-Emissionen derzeit außer Reichweite. DIW-Wochenbericht 20 ([https://www.diw.de/de/documents/publikationen/73/diw\\_01\\_c\\_799881](https://www.diw.de/de/documents/publikationen/73/diw_01_c_799881)).

Die erste Variante erscheint insofern naheliegend, als sie kompatibel mit alt-hergebrachten liberalen, grünen und links-intellektuellen Politikvorstellungen ist. Allerdings verinnerlicht sie einen naiven Steuerungsoptimismus, der sich spätestens dann in Wohlgefallen auflöst, wenn er mit der inzwischen erreichten Komplexität globalisierter und digitalisierter Volkswirtschaften konfrontiert wird: Wer steuert hier wen? Außerdem ignoriert die Hoffnung auf eine zentral zu implementierende Strategie folgendes: Insofern eine ökologische Entkopplung des lieb gewonnenen Mobilitäts- und Konsumparadieses unmöglich ist, müsste eine wirksame Postwachstumspolitik der Wählermehrheit prägnante Reduktionsleistungen abverlangen. Aber genügsame Lebensführungen, erst recht die damit korrespondierenden Versorgungsumstellungen zu praktizieren, ist keine Frage der Einsicht oder des bekundeten Wollens, sondern des eingeübten Könnens und der Belastbarkeit: Keine Flugreisen, kein (eigenes) Auto, nicht überall Internet, maßvoller Wohnraum anstelle neuer Häuser, weniger (oder kein) Fleisch, keine Kunststoffverpackungen, reparierte Textilien und Möbel, keine eigene Waschmaschine und Bohrmaschine, kein Coffee to go, zehn Jahre alte Computer, nicht jeden Tag ins Restaurant gehen können etc. – wer wählt eine Politik, die einem dies zumutet? Sicher nur jene, die bereits so leben.

### Urbane Subsistenz

Soziale Stabilität in einer Postwachstumsökonomie bedeutet zuvorderst, die nach einer schrittweisen Reduktion des Verkehrs- und Produktionsvolumens verbliebene Erwerbsarbeit so zu verteilen, dass weiterhin Vollbeschäftigung herrscht, wenngleich auf Halbtagsbasis. Die damit einhergehende Einkommensverringering wäre durch ergänzende Subsistenzleistungen auszugleichen:

1. erstens durch Nutzungsdauerverlängerung,
2. zweitens eigene Produktion und
3. drittens Gemeinschaftsnutzung.

Neben kooperativen Nachbarschaften und lokalen Netzwerken erweisen sich **verdichtete Formen des gemeinschaftlichen Wohnens** als geeignete Ansatzpunkte. Letztere können den oft hohen Einkommensanteil für Mieten mildern, weil sie den Bedarf an eigener Wohnfläche reduzieren. Dazu tragen auch Maßnahmen zur **optimierten Wohnraumausnutzung** bei (vgl. Fuhrhop 2019). Außerdem lassen sie sich **genossenschaftlich** organisieren, was abermals Kosteneinsparungen bedeuten kann. Die Züricher Genossenschaft „Kalkbreite“, das „Miethäuser-Syndikat“, Ökodörfer wie etwa „Schloss Tempelhof“, das Oldenburger Projekt „Wohnmix“ etc. sind instruktive Beispiele.

Derartige Nachbarschaften ermöglichen weitere finanzielle Einsparungen durch die **Gemeinschaftsnutzung** von Gärten, Hausgeräten, Konsumgegenständen, Werkzeugen, Obstpressen, Fahrzeugen (nicht nur Autos, sondern vor

allem Lastenfahräder) sowie durch den Austausch von Betreuungs-, Pflege- und Sorgearbeit. Wenn kostspielige Gebrauchsgegenstände von durchschnittlich fünf Menschen genutzt werden, sinkt das notwendige Einkommen, um sie zu finanzieren. Dasselbe gilt für Praktiken der Nutzungsdauerverlängerung, etwa durch **achtsame Verwendung, Instandhaltung und Reparatur** von Gütern oder die Weitergabe nicht mehr benötigter Objekte und Ersatzteile (Verschenkmärkte). Nicht minder relevant ist der **eigenständige Nahrungsmittelanbau** in Gemeinschafts-, Haus-, Schreber-, Dach- oder Mietgärten. Auch das sog. „Foodsharing“ ist eine prädestinierte Subsistenzleistung.

Der **nicht kommerzielle Austausch ergänzender Fertigkeiten** für Reparatur, Wartung und Aufarbeitung von Gebrauchsgegenständen sowie das Upcycling kann auf Quartiere, Stadtteile und Regionen ausgeweitet werden. Als Ressourcenbasis für derartige Subsistenzaktivitäten, durch die moderne Konsumfunktionen unentgeltlich verfügbar werden, können die infolge der Arbeitszeitverkürzung freigestellten Stunden dienen. Die resultierende duale Versorgungsform – weniger Einkommen, mehr produktive Zeitressourcen – wird oft mit dem Begriff des „**Prosumenten**“ (Toffler 1980) assoziiert. Natürlich lassen sich die Einkommensreduktionen infolge eines Industrierückbaus nicht vollständig durch Subsistenz auffangen, denn für viele besonders ruinöse Mobilitäts- und Konsumpraktiken existieren keine ökologischen Alternativen, so dass sie ersatzlos zu reduzieren wären. Hier setzt die Logik der „Suffizienz“ (Folkers/Paech 2020) an.

### Kommunale Ressourcenzentren

#### Statt Wachstum: Veredelung

Der Industrieoutput einer Postwachstumsökonomie entspräche jener Restgröße, die sich daraus ergäbe, sich einen deutlich verringerten Bestand an notwendigen Objekten zu erhalten. Es würde durchschnittlich nur nachproduziert, was nach Ausschöpfung aller nutzungsdauerverlängernden Maßnahmen zu ersetzen wäre. Dies entspräche keinem Entwicklungs- oder Innovationsstopp, denn der Ersatz von Produkten kann stets auf Basis eines zwischenzeitlich verbesserten Designs erfolgen, so dass der Gütervorrat einer Gesellschaft behutsam optimiert oder „veredelt“, aber eben nicht ausgedehnt wird. Ein solches **Programm der Wachstumsvermeidung** umfasst diverse sich ergänzende Maßnahmen (vgl. Paech 2017), von denen eine beispielhaft skizziert werden soll.

Kommunale Ressourcenzentren könnten eine breite Palette an **Selbstversorgungspraktiken**, ein **postwachstumstaugliches Unternehmertum** und

**offene Lernorte** für zukunftsfähige Lebensführungen verbinden. Dazu ließe sich eine brachgefallene Immobilie umfunktionieren, um verschiedene Aktivitäten zu bündeln. Hier könnten Arbeitsstationen für Handwerker untergebracht sein, deren professionelle Reparaturdienste dort anknüpfen, wo selbsttätige oder in Repair Cafes organisierte Instandhaltungsmöglichkeiten enden. Zudem könnte der Abfallwirtschaftsbetrieb defekte, aber noch reparatur- oder aufarbeitungsfähige Güter aus dem Sperrmüll aussondern oder an speziellen Abgabestellen sammeln, um sie im Zentrum aufarbeiten zu lassen. Sie lassen sich vermarkten oder auf einem integrierten Verschenkmärkte weitergeben.

Das Ressourcenzentrum könnte außerdem ein zentrales Ersatzteildepot beherbergen, um **alle** noch funktionsfähigen Teile einzulagern, die demontierten Objekten entstammen. Mittels einer solchen „**Bibliothek der Dinge**“ gelingt es, auch **ältere und komplexere** Gegenstände zu erhalten. In einem Produktionslabor mit 3D-Fräsen, 3D-Druckern und anderem Equipment könnten selbst designte, **langlebige und reparable** Produkte in Einzelfertigung („Losgröße 1“) hergestellt werden. Die späteren Nutzer\*innen ließen sich in den Entstehungsprozess einbinden, so dass sie eine Beziehung zu den individualisierten Objekten aufbauen, die sie zu deren Erhalt motiviert.

Zudem böte sich das Zentrum als **Verleihstation** für Werkzeuge, Lastenfahräder, Gartengeräte und andere Gebrauchsgegenstände an. Es könnte als **Verteilstelle** für Foodsharing-Initiativen und die Solidarische Landwirtschaft fungieren. Vor **allem** müsste ein Ressourcenzentrum als Lernort fungieren. Schulklassen, aber auch Erwachsene könnten hier in Kursen, Reparatur-Workshops und Weiterbildungsmodulen mit Selbstversorgungskompetenzen ausgestattet werden.

Die Reparaturdienstleistungen könnten nicht nur handelsüblich angeboten, sondern auch im Auftrag **lokaler Einzelhändler\*innen** ausgeführt werden, die sich über eine jährliche Umlagefinanzierung – analog zum Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft – beteiligen. So würden lokale Geschäfte eine höhere Kundenbindung erzielen, indem sie einen Service offerieren, den sie mangels entsprechender Kompetenzen und Ressourcen eigenständig nicht erbringen können. Daran anknüpfend ließen sich weitere **Kooperationen und nähräumliche Wertschöpfungssysteme** aufbauen.

Die Verbraucher wiederum können **Reparaturgutscheine oder -coupons** erwerben oder abonnieren, die für jegliche Reparaturleistungen und für die Teilnahme an Weiterbildungs- oder Reparaturkursen verwendet, aber auch verschenkt und übertragen werden können. Einzurichten wäre auch ein **gastonomischer Bereich**. Die Arbeitsstationen und Werkstätten könnten so angeordnet sein, dass die beanspruchte Fläche ebenfalls für Konzerte, Theateraufführungen, Vorträge, Informationsveranstaltungen, Schulunterricht, Parties und andere Events nutzbar ist. Anzustreben wäre eine **offene Atmosphäre**,

die auch Personen ohne konkreten Reparaturbedarf oder sonstigen Nachhaltigkeitsbezug zum Verweilen, Lernen oder Besuch von Veranstaltungen veranlasst. Das Ressourcenzentrum sollte durch eine ungezwungene Zugänglichkeit und Multifunktionalität zu einem **Reallabor für die resiliente Versorgung** werden, insbesondere zu einem Lernort, an dem sich Praktiken der eigenen Produktion, Nutzungsdauerverlängerung und Gemeinschaftsnutzung kollaborativ mit anderen oder unter Anleitung von Experten einüben lassen.

### Ausblick

Ökonomische Autonomie, verbunden mit genügsamen Konsumansprüchen und einem sesshaften Leben, markiert die Basis einer Überlebensstrategie für das 21. Jahrhundert, mit der **sofort dezentral auf kommunaler Ebene** begonnen werden kann, statt auf ein politisches Wunder zu warten. Einen Baustein bilden kommunale Ressourcenzentren. Insbesondere die Reaktivierung von Reparaturpotenzialen könnte einen neuen Akzent der wirtschaftlichen Entwicklung auf kommunaler Ebene bilden. Eine **Kultur des Erhalts** ist mehr als Ressourcenschutz oder kostengünstiger Erhalt von Konsumfunktionen. Sie kann (**graduell**) die handwerkliche Produktion und den Einzelhandel stärken und lässt die Verbraucherseite unabhängiger von globalen Versorgungsketten werden, erhöht somit die Krisenstabilität.

#### Literatur

- Kümmel, R./Lindenberger, D./Paech, N. (2018): Energie, Entropie, Kreativität. Was das Wachstum treibt und bremst, Berlin.  
 Folkers, M./Paech, N. (2020): All you need is less, München.  
 Fuhrhop, D. (2019): Einfach anders wohnen, München.  
 Paech, N. (2017): Wachstumskritik und unternehmerische Nachhaltigkeit, in: Keck, W. (Hrsg.): CSR und Kleinunternehmen, Springer/Gabler, Berlin, S. 287-302.  
 Toffler, A. (1980): The Third Wave, New York.



apl. Prof. Dr. Niko Paech  
 Hochschullehrer an der Universität Siegen  
 im Bereich Plurale Ökonomik  
 niko.paech@uni-siegen.de